

Berlin, 24. September 2021

## **Forderungen des Ost-Ausschusses zur Bundestagswahl 2021: Zusammenarbeit mit Osteuropa und Zentralasien ausbauen**

Osteuropa ist eine äußerst wichtige Region für die deutsche Wirtschaft. Die EU-Erweiterung hat unsere wirtschaftlichen Verflechtungen enorm beflügelt. Heute bestreiten wir fast 20 Prozent unseres internationalen Warenaustausches mit den Ländern Osteuropas, Polen gehört inzwischen zu den fünf wichtigsten Handelspartnern Deutschlands. Die Dynamik des Handels mit der Region ist seit Jahren hoch. Die Fortsetzung des EU-Erweiterungsprozesses würde diese Entwicklung forcieren. Russland bleibt Deutschlands wichtigster Energielieferant. Die deutsche Wirtschaft bemüht sich umgekehrt, ihre herausragende Position als Technologie- und Handelspartner Russlands gegen China zu behaupten und die erfolgreiche Energie- zu einer Klimapartnerschaft zu transformieren. Dies ist auch aus Sicht des deutschen außenpolitischen Gewichts von hoher Bedeutung. Eine vielseitige und engere wirtschaftliche Anbindung von Nicht-EU-Ländern wie der Ukraine, Serbiens sowie Kasachstans oder Usbekistans liegt ebenfalls im deutschen Interesse.

### **Herausforderungen**

Politische Konflikte mit Russland oder Belarus, aber auch die EU-internen Konflikte mit Polen und Ungarn verursachen auch in den Wirtschaftsbeziehungen Unsicherheiten. Die sich aktuell weiter verhärtenden Konfliktlagen aufzubrechen, bleibt zentrale Aufgabe einer neuen Bundesregierung. Klimapartnerschaften und die enge Zusammenarbeit bei Themen wie Digitalisierung und Gesundheit können Fenster zu einer positiven Agenda öffnen.

Auch in vielen Ländern unserer Region hat China mit einer klaren Wirtschaftsstrategie seinen Einfluss ausbauen können. Die Antwort darauf sollte kein Decoupling in Form einer zunehmenden Abschottung von Märkten sein, sondern im Gegenteil: Die deutsche Wirtschaft erwartet stärkere eigene Anstrengungen Deutschlands und der EU zur Verbesserung der Konnektivität mit Osteuropa und Zentralasien und zur EU-Integration der Länder des Westlichen Balkans.

### **Petita an die neue Bundesregierung**

#### **Green Deal auf Osteuropa ausweiten**

Die EU hat mit dem Green Deal den klimaneutralen Umbau der Union angeschoben. Er kann zu einem großen, gemeinsamen Impuls zum Ausbau Erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz in den 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses werden, wo es dafür riesige, ungenutzte Potenziale gibt. Die neue Bundesregierung sollte hier auf eine klar strukturierte Koordinierung des deutschen Engagements für den technologischen Wandel in

der Region setzen und in enger Kooperation mit der deutschen Wirtschaft Transformationspartnerschaften auf den Weg bringen. Der Green Deal darf nicht an der Ostgrenze der EU enden. Ein europäischer Carbon Border Adjustment Mechanism darf nicht zu neuen Handelskriegen führen, sondern sollte mit finanziellen Hilfen für die Energietransformation in diesen Ländern verbunden werden.

### **EU-Industriestrategie abstimmen**

Wertschöpfungsketten deutscher Unternehmen sind mit den östlichen EU-Partnerländern eng verflochten, was eine intensive wirtschaftspolitische Abstimmung auch im Rahmen der EU-Industriestrategie umso wichtiger macht. Wir begrüßen Initiativen zur gemeinsamen Technologie-Entwicklung mit den Visegrad-Ländern etwa beim Thema Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Batterieentwicklung, Mobilität und zur Umsetzung der Klimawende. Ansätze aus der zu Ende gehenden Legislaturperiode müssen verstetigt werden.

### **Gemeinsamen Europäischen Raum der Normen und Standards schaffen**

Deutschland als wirtschaftlich wichtigstes EU-Land muss sich für einen institutionalisierten Dialog der EU mit der Eurasischen Wirtschaftsunion über die Vereinheitlichung technischer Normen, Zoll- und Zertifizierungsprozesse und Standards einsetzen. Dieser Dialog kann unabhängig von politischen Streitpunkten stattfinden. Es geht darum, die Fähigkeit der EU, internationale Standards zu setzen, gegen wachsenden chinesischen Einfluss zu behaupten. Die scheidende Regierungskoalition hatte das Thema „Gemeinsamer Europäischer Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok“ in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Wir erwarten, dass eine neue Koalition dieses Thema entschlossener angeht und um den Aspekt eines gemeinsamen Umweltraums erweitert.

### **EU-Initiativen zur Konnektivität endlich umsetzen**

Die EU hat mit Strategiepapieren zur Östlichen Partnerschaft und Zentralasien und zuletzt mit der Initiative „Global Gateway“ ihren Willen unterstrichen, die Konnektivität mit ihrer östlichen Nachbarschaft zu verbessern. Die verschiedenen Initiativen stehen aber weitgehend nur auf dem Papier und sind weit von der Schlagkraft der chinesischen Belt & Road-Initiative entfernt. Ein stärkeres EU-Engagement etwa in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Zentralasiens ist dringend notwendig. Die Bundesregierung sollte sich unter anderem für die Ausweitung günstiger und fairer Finanzierungs- und Förderangebote zum Ausbau der Infrastruktur in der Region stark machen.

### **Nord Stream 2 nicht in Frage stellen**

Im Blick auf die Klimaziele und den Ausstieg aus Kohle und Atom aber auch zur Wahrung der Rechts- und Investitionssicherheit hat das Projekt Nord Stream 2 für die deutsche Wirtschaft eine hohe Bedeutung. Dieser neue Lieferkanal für Erdgas und perspektivisch für Wasserstoff erhöht die Versorgungssicherheit und stabilisiert die Preise. Das Projekt darf nicht nachträglich in Frage gestellt werden, dies würde Schadensersatzforderungen und generelle Zweifel an der Investitionssicherheit in Deutschland verursachen. Wir verbinden dies mit der Forderung, eng mit der Ukraine bei der Modernisierung ihrer Energieinfrastruktur

zusammenzuarbeiten und sie von einem Transitland zu einem nachhaltigen Energieproduzenten zu entwickeln.

### **Dialog mit Russland**

Die neue Bundesregierung muss einen Entspannungsprozess im Verhältnis der EU mit Russland organisieren. Vor allem die Wiederaufnahme von Gipfeltreffen zwischen der EU und Russland und bilateraler Regierungskonsultationen sind prioritär. Die Bedingungen für die Aufhebung von EU-Wirtschaftssanktionen sollten klarer definiert werden, ihr Abbau sollte entlang entsprechender Gegenleistungen schrittweise erfolgen. Extraterritoriale US-Sanktionen auf Kosten der europäischen Wirtschaft darf es nicht geben.

### **Fachkräftemangel entgegenwirken**

Eine engere Abstimmung der Bundesregierung mit den Ost-Ausschuss-Ländern sollte es auch beim Thema Fachkräftesicherung geben. Nicht nur in Deutschland, sondern etwa auch in den Visegrad-Staaten, in Rumänien und Bulgarien oder den Ländern des Westlichen Balkans hat sich der Fachkräftemangel zu einer gefährlichen Wachstumsbremse entwickelt. Gemeinsame Konzepte etwa durch Ausbildungspartnerschaften, Investitionen in Duale Ausbildungssysteme und Weiterbildungsangebote für lebenslanges Lernen vor Ort sind notwendig.

### Über den Ost-Ausschuss:

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (gegründet 1952) fördert die deutsche Wirtschaft in den 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Der deutsche Osthandel steht insgesamt für rund ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandels und ist damit bedeutender als der Handel mit den USA und China zusammen. Der Ost-Ausschuss hat rund 350 Mitgliedsunternehmen und -verbände und wird von sechs Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft – BDI, BGA, Bankenverband, DIHK, GDV und ZDH - getragen.

### Kontakt

#### **Andreas Metz**

Leiter Public Affairs

Tel.: 030 206167-120

[A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)